

SP Vorderland

Alt Bundesrat Otto Stich in Heiden

[<<< zur Übers](#)



Am Samstag, 13. November beehrte Alt Bundesrat Otto Stich Heiden mit einem Besuch. Auf Einladung der SP Appenzeller Vorderland sprach der ehemalige Finanzminister zum Thema „Finanzen in der Schweiz“ und nahm Bezug zur Abstimmungsvorlage betreffend die Neuordnung des Finanzausgleichs (NFA).

Wohl kann es sich der pensionierte Bundesrat nun öfters erlauben, zurückzulehnen und genüsslich an seiner Pfeife zu ziehen. Dass ihm dabei manch kritischer Gedanke aufkommt, ist verständlich, dass er dies gelegentlich auch an die Adresse der Öffentlichkeit kund tut, in seiner klaren und kritischen Art, stösst nicht überall auf Wohlwollen. Doch Stich, vehementer Kämpfer gegen die Zweiklassengesellschaft, wird nicht müde, sich für die Werte der Demokratie einzusetzen. „Wenn man in einer Demokratie lebt, muss man seine Meinung äussern“, ist seine Begründung. Die Demokratie gehöre eben nicht allein dem Bundesrat, sondern dem ganzen Volk, also auch ihm, dem normalen Bürger Otto Stich.

Diskussionen über Finanzen, sei es über Steuern oder fadenscheinige Kapitalmärkte, Sparpakete oder Investitionsvorhaben, gehören zu seinem politischen Alltag. Es sind dies aber auch jene Themen, welche mit erheblichen Meinungsunterschieden wahrgenommen und diskutiert werden. Ein grosses Finanzpaket mit einschneidenden Massnahmen auf allen Ebenen scheint auch die NFA (Neuordnung des Finanzausgleiches) zu sein. Noch unter der Federführung von Otto Stich hat dieses Vorhaben seine Anfänge genommen und wird nun, nach mehr als 10 Jahren, der Stimmbürgerschaft zur Annahme empfohlen.

„Der NFA ist inakzeptabel. Er ist nicht, was wir einst angestrebt haben.“

Alt Bundesrates äusserte klare Worte zur Neugestaltung der Finanzordnung. Sie bringe nicht den Ausgleich, sondern fördere den Sozialabbau. „Der Bundesstaat wird damit ausgehebelt und in wichtigen Punkten wird durch die Schaffung von Konkordaten die Demokratie ausgelassen“, sagte Stich. In den Konkordaten hätten im Majorz gewählte Gremien das Sagen und das sei undemokratisch. Er

kritisierte, dass im NFA keinerlei Bestimmungen zu einer materiellen Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen aufgeführt seien. Laut Bundesverfassung seien vor dem Gesetz alle gleich „und das gilt auch für die Steuerbelastung“, meinte Stich mit ruhiger aber überzeugter Stimme.